

**STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN**

**Wirtschaftskalender**

**1968**



Bestellnummer : 100500 - 68

**VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH. STUTTGART UND MAINZ**

## I n h a l t

	Seite
1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	15
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	
1968	17
1969	18

Erschienen im J u n i 1969

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 1,--

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
<u>JANUAR</u>			
1	1.1.	<p>Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1968 vom 3. Mai 1968 (BGBl. II S. 345)</p> <p>Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1968 wird in Einnahme und Ausgabe auf rd. 80,656 (1967 = 77,014) Mrd. DM festgestellt, und zwar im ordentlichen Haushalt auf rd. 72,438 (1967 = 68,961) Mrd. DM und im außerordentlichen Haushalt auf rd. 8,217 (1967 = 8,053) Mrd. DM</p>	Staatseinnahmen und -ausgaben
2	1.1.	<p>Lohn- und Gehaltserhöhungen</p> <p>in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Saarland Löhne um 3,3 %, in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg Löhne und Gehälter um 4,0 %</p> <p>in der Eisen- und Metallindustrie im Rheinland, in Rheinhessen und in der Pfalz Löhne um 3,5 % (in Süd-Baden ab 1. April Löhne um 4,0 %)</p> <p>in der Metallindustrie in Nordwürttemberg und Nordbaden Löhne um 1,0 %, in Bayern für Arbeiterinnen ab 1. Februar Löhne um 1,3 %</p> <p>im Großhandel, Ein- und Ausfuhrhandel in Schleswig-Holstein und Hessen sowie in den Tarifgebieten Düsseldorf-Niederrhein, Westfalen-Mitte, Münster und Mönchengladbach Löhne um 3,0 bis 3,3 %, in Niedersachsen Löhne um 3,6 %, Gehälter um 3,7 % (in Hamburg ab 1. Juli Gehälter um 4,5 %)</p> <p>im Groß- und Außenhandel in den Tarifgebieten Düsseldorf-Niederrhein, Westfalen-Mitte, Ruhrgebiet, Münster und Hessen Löhne um 3,0 bis 3,5 %</p> <p>im Einzelhandel in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen Gehälter um 2,7 bis 3,3 % (in Nordrhein-Westfalen ab 1. April Löhne um 4,0, Gehälter um 3,6 %, in Baden-Württemberg ab 1. April Gehälter um 4,0 %, in Bayern ab 1. August Gehälter um 3,2 bis 4,0 %, in Hessen ab 1. März Gehälter um 3,0 %)</p> <p>im Malerhandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Rheinhessen, Baden-Württemberg (ohne Südbaden) und Bayern Löhne um 2,6 bis 3,5 %</p> <p>im Tischlerhandwerk in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Löhne um 1,4 bzw. 2,3 %, in Niedersachsen ab 1. Februar Löhne um 2,3 %</p> <p>Grundvergütungen der Angestellten und Ecklöhne der Arbeiter bei Bund einschl. Bundesbahn und Bundespost, Ländern und Gemeinden um 3,5 %</p>	Löhne und Gehälter

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
3	1.1.	<p style="text-align: center;">Januar</p> <p>Arbeitszeitverkürzungen für Arbeiter und Angestellte</p> <p>im Steinkohlenbergbau des Rheinisch-Westfälischen Reviers von bisher 40,33 auf 40,03 Wochenstunden, im Saarland für Angestellte von bisher 45,70 auf 45,55, für Übertagearbeiter von bisher 40,78 auf 40,63, für Untertagearbeiter von bisher 42,04 auf 41,89 Wochenstunden</p> <p>für einzelne Gruppen innerhalb der Industrie der Steine und Erden für Arbeiter in den Bereichen Niedersachsen, Nordrhein, Pfalz und Baden-Württemberg, für Angestellte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg von bisher 43 auf 42 Wochenstunden</p>	Arbeitszeit
4	1.1.	<p>Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967 (BGBl. S. 545)</p> <p>Durch dieses Gesetz wird die bisher in jeder Wirtschaftsstufe erhobene Umsatzsteuer durch eine Besteuerung der Käufe von Letztverbrauchern ersetzt. Ziel der Einführung der Mehrwertsteuer ist es, den Verbrauch im Inland steuerlich gleichmäßig zu belasten und damit eine Wettbewerbsneutralität zu erreichen</p> <p>Bemessungsgrundlage ist das Nettoentgelt ohne Umsatzsteuer. Die Steuer ist bei den Unternehmen nicht mehr Bestandteil des Preises; sie bleibt durchlaufender Posten. Besteuert wird nur der Wertzuwachs (Mehrwert). Beim Übergang der Ware an den Verbraucher wird die Steuer Bestandteil des Preises</p> <p>Der Normalsteuersatz beträgt in der Regel 10 %</p>	Steuern Preise Umsatz Staatseinnahmen
5	1.1.	<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, II. Teil - Finanzänderungsgesetz 1967 - vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1259)</p> <p>Dieses Gesetz bringt Einschränkungen der Bundesausgaben besonders im sozialen Bereich. Die wichtigsten Maßnahmen sind:</p> <p>Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung. Alle Angestellten werden unabhängig von der Höhe ihres Einkommens versicherungspflichtig</p> <p>Pflichtversicherung aller Rentner in der Krankenversicherung mit 2 % ihrer Rentenbezüge</p> <p>Kürzung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungen und stufenweise Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung (erstmalig am 1. Januar 1968 von 14 auf 15 % der Bruttolöhne und -gehälter)</p>	Staatsfinanzen Rentenversicherung Einkommen

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Januar	
		Erhöhung der Rezeptgebühren auf 1,00 DM je Verordnung für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sowie verbesserte Mutterschaftshilfe	
6	1.1.	<p>Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1251)</p> <p>Beendigung der Wohnraumbewirtschaftung in 24 der noch 32 zwangsbewirtschafteten Stadt- und Landkreise zum 31. Dezember 1967</p> <p>Für die Kreise Bonn Stadt und Land, Freiburg, Göttingen, Hamburg, München Stadt und Land Verschiebung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft auf den 31. 12. 1968 und Erhöhung der Mieten für Altbauwohnungen um 10 v.H. der Grundmieten vom 1. Januar 1968 an. (Für Berlin ist der Schlußtermin bereits auf den 31. Dezember 1969 festgelegt)</p>	<p>Mieten Wohngeld Einkommen</p>
7	1.1.	<p>Inkrafttreten des Gesetzes über die ertragsteuerlichen und vermögensteuerlichen Auswirkungen des Umsatzsteuergesetzes vom 29. Mai 1967 und zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Drittes Steueränderungsgesetz 1967) (BGBl. I S. 1334)</p> <p>Regelung der durch Einführung der Mehrwertsteuer notwendig gewordenen Änderungen der ertrag- und vermögensteuerlichen Bestimmungen</p> <p>Die wichtigsten Änderungen:</p> <p>Während die verrechenbare Vorsteuer nicht zu den Anschaffungskosten eines Wirtschaftsgutes gehört, ist die Umsatzsteuer für den Selbstverbrauch Teil dieser Kosten</p> <p>Der für die Altvorräte gewährte Umsatzsteuerentlastungsanspruch bei der Bewertung des Teilwerts der Altvorräte ist (weiterhöhend) zu berücksichtigen</p>	<p>Steuern</p>
8	1.1.	<p>Inkrafttreten des Zehnten Gesetzes über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Zehntes Rentenanpassungsgesetz - 10. RAG) vom 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1343)</p> <p>Erhöhung der seit 1966 oder früher laufenden Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen um 8,1 %, der Renten für die 1965 oder früher eingetretenen Unfälle aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 7,2 %</p>	<p>Rentenversicherungen</p>

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Januar	
9	1.1.	Erhöhung der Beiträge bei einer der größten Ersatzkassen (2,7 Mill. Mitglieder) in der Bundesrepublik für pflichtversicherte Mitglieder von 8,2 auf 8,5 % des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens, für freiwillig versicherte Mitglieder monatlich um 3,00 DM	Krankenversicherung
10	4.1.	Zuteilung von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 300 Mill. DM, Zinssatz 5 % Davon 90 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 $\frac{5}{8}$ % (Verkaufskurs 99 $\frac{7}{8}$ %), Laufzeit 3 Jahre 120 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 $\frac{5}{8}$ % (Verkaufskurs 98 $\frac{3}{4}$ %), Laufzeit 3 $\frac{1}{2}$ Jahre 90 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 $\frac{1}{2}$ % (Verkaufskurs 97 $\frac{3}{4}$ %), Laufzeit 4 Jahre Emissionen zu 88, 69 bzw. 99 % untergebracht	Geldmarkt
11	22.1.	Zuteilung von Kassenobligationen des Bundes durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 300 Mill. DM, Zinssatz 5 % Davon 150 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 $\frac{7}{8}$ %, Laufzeit 3 Jahre 70 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 $\frac{3}{4}$ %, Laufzeit 3 $\frac{1}{2}$ Jahre 80 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 $\frac{3}{4}$ %, Laufzeit 4 Jahre Dreijährige Emission zu 64 %, dreieinhalb- und vierjährige zu 97 % untergebracht	Geldmarkt
12	29.1.	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 10. Februar)	Handel
13	31.1.	Nauru, 21 qkm große Pazifikinsel, unabhängig geworden	Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
<u>FEBRUAR</u>			
14	1.2.	<p>Lohn- und Gehaltserhöhungen</p> <p>in der Chemischen Industrie im Tarifgebiet Nordrhein Gehälter um 5,2 %, in Hamburg, Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern Löhne um 5,0 bis 5,3 %</p> <p>im Graphischen Gewerbe im Bundesgebiet Löhne um 3,5 %, Gehälter in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern um 3,5 %</p> <p>in der Holzverarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein und Westfalen-Lippe Löhne um 1,5 bzw. 1,4 %, in Niedersachsen ab 1. März Löhne um 1,2 %, in Bayern, Nord- und Südwürttemberg sowie im Geltungsbereich Westfalen-Lippe ab 1. Juli Löhne um ca. 1,3 bis 1,6 %</p>	Löhne und Gehälter
15	15.2.	Deutsche Bundesbank gibt Schatzwechsel der Bundesrepublik Deutschland (Mobilisierungspapiere) mit einer Laufzeit von 30 bis 45 Tagen zum Satz von 2 % ab. Äußerste Fälligkeit Ende März 1968	Kreditmarkt
16	29.2.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 220 Mill. DM, Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll untergebracht	Kapitalmarkt
17	Februar	Regional unterschiedliche Benzinpreissenkungen der meisten Mineralölgesellschaften bis zu 3,2 Pf je Liter	Preise
<u>MÄRZ</u>			
18	1.3.	<p>Gehaltserhöhungen</p> <p>in der Industrie in Baden-Württemberg um 3,5 %</p>	Gehälter
19	12.3.	Mauritius, Insel im Indischen Ozean, bisher britische Kronkolonie, unabhängig geworden	Außenhandel
20	14.3.	Der amerikanische Senat billigt das Gesetz über die Aufhebung der 25 %igen Golddeckung des amerikanischen Notenumlaufs	Gold- und Geldmarkt Devisenmarkt
21	28.3.	<p>Abschluß der deutsch-britischen Devisenausgleichsverhandlungen über die zahlungsbilanzmäßigen Auswirkungen der militärischen Ausgaben Großbritanniens für ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte</p> <p>In der Zeit vom 1. April 1968 bis 31. März 1969 Ausgaben in Höhe von 710 Mill. DM für militärische und zivile Beschaffungen in Großbritannien</p>	Zahlungsbilanz Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgen den Sachgebieten
		<u>APRIL</u>	
22	1.4.	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg um 4,0 %  in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen um 4,0 %	Löhne und Gehälter
23	1.4.	Arbeitszeitverkürzung in der Feinkeramischen Industrie in Bayern für Arbeiter von bisher 42,50 auf 41,25 Wochenstunden	Arbeitszeit
24	1.4.	Erhöhung der Beiträge bei einer der größten Ersatzkassen in der Bundesrepublik Deutschland (ca. 2,5 Mill. Mitglieder) für pflichtversicherte Mitglieder von 8,2 auf 9 % des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens, für freiwillig versicherte Mitglieder je nach Familienstand um 12,00 bis 16,00 DM	Krankenversicherung
25	3.4.	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 300 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 98 1/2 %, Laufzeit 10 Jahre. Emission voll untergebracht	Kapitalmarkt
26	22.4.	Deutsch-türkisches Finanzierungshilfeabkommen in Höhe von 175 Mill. DM unterzeichnet	Entwicklungshilfe
		<u>MAI</u>	
27	1.5.	Lohnerhöhungen  in der Textilindustrie in den Geltungsbereichen Niedersachsen, Bremen, Mönchengladbach, Düsseldorf-Köln (rechtsrheinisch), Osnabrück, Hessen, Südwestdeutschland, Süd-Baden, Nord- und Südbayern um 4,5 bis 5,2 %  in der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet um 4,5 %  im Baugewerbe in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland um 3,1 bis 3,5 %	Löhne

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Mai	
28	17.5.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien über Gewährung eines zweckgebundenen Darlehens bis zur Höhe von 75 Mill. DM	Entwicklungshilfe
29	19.5.	Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete vom 15. Mai 1968 (BGBl. I S. 365)  Folgende Maßnahmen sind u.a. vorgesehen:  I. Ernennung eines Bundesbeauftragten, Bildung eines Kohlebeirats mit Vertretern des Bundes, der Industrie und der Gewerkschaften  II. Zahlung eines Abfindungsgeldes für Arbeitnehmer, die aus Anlaß einer Stilllegungsmaßnahme vom Arbeitgeber entlassen worden sind  III. Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Steinkohlengebieten (Förderung der Errichtung und Erweiterung von Industriebetrieben; Industrielandbeschaffung)  Zur Durchführung dieser Maßnahmen übernimmt die Bundesregierung Bürgschaften bis zu einem Gesamtbetrag von 2 Mrd. DM	Staatsfinanzen Bergbau
30	24.5.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 99 %, Laufzeit längstens 20 Jahre. Emission voll untergebracht	Kapitalmarkt
31	Mai	Tankstellenpreise für Dieselkraftstoff von einigen Mineralölgesellschaften regional unterschiedlich um ca. 1,0 bis 2,0 Pf je Liter gesenkt	Preise
		<u>JUNI</u>	
32	1.6.	Gehaltserhöhungen  in der eisenschaffenden und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen um 5,0 %  in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Tarifgebiet Düsseldorf und Münster um 4 %	Gehälter
33	10.6.	Abschluß der deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsverhandlungen über die zahlungsbilanzmäßigen Auswirkungen der militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten für ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte	Zahlungsbilanz Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Juni	
		In der Zeit vom 1. Juli 1968 bis 30. Juni 1969 Kauf von mittelfristigen amerikanischen Staatspapieren sowie Ausgaben für militärische Beschaffungen in den USA von annähernd 3 Mrd. DM	
34	21.6.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 280 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 99 %, Laufzeit 12 Jahre. Emission voll untergebracht	Kapitalmarkt
35	22.6.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko über Gewährung eines projektgebundenen Darlehens bis zur Höhe von 100 Mill. DM	Entwicklungshilfe
36	28.6.	Zuteilung von Kassenobligationen der Bundespost durch die Deutsche Bundesbank im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM, Zinssatz 5 % Davon 40 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 99 7/8 %, Laufzeit 3 Jahre 60 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 98 3/4 %, Laufzeit 3 1/2 Jahre 100 Mill. DM zum Mindestverkaufskurs von 97 3/4 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
		<u>JULI</u>	
37	1.7.	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Ernährungsindustrie in Nordrhein-Westfalen Gehälter um 1,0 % in der Schuhindustrie im Bundesgebiet Löhne um ca. 4,0 %	Löhne und Gehälter
38	1.7.	Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (4. BesÄndG) vom 19. Juli 1968 (BGBl. I S. 843) Erhöhung der Dienstbezüge der Bundesbeamten um rd. 4 %	Staatsausgaben Einkommen
39	1.7.	Verordnung (EWG) Nr. 950/68 des Rates vom 28. Juni 1968 über den gemeinsamen Zolltarif (ABLEurGem. L 172 S. 1) Anwendung eines einheitlichen Außenzolls der EWG bei der Einfuhr von Waren aus Drittländern. Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs (GZT). Beseitigung noch bestehender Binnenzölle für gewerbliche Waren zwischen den Mitgliedstaaten Dadurch wichtige Etappe auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration abgeschlossen	Außenhandel Zölle

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Juli	
40	1.7.	<p>Inkrafttreten der Verordnung Nr. 1009/67/EWG des Rates vom 18. Dezember 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABLEurGem.Nr 308 S. 1)</p> <p>Anwendung der Vorschriften zur Herstellung eines gemeinsamen Marktes für Zucker. Einführung einer einheitlichen Handelsregelung im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen der Gemeinschaft und Drittländern</p>	<p>Landwirtschaft Außenhandel Zölle Preise</p>
41	1.7.	<p>Erhöhung der seit dem 1. Januar 1968 eingeführten Mehrwertsteuer</p> <p>Anhebung des allgemeinen Satzes von 10 auf 11 %, des ermäßigten Satzes von 5 auf 5,5 %</p>	<p>Steuern Staatseinnahmen Preise</p>
42	1.7.	<p>Erhöhung der Tankstellenpreise für Vergaserkraftstoff um 0,6 und für Dieselmotorkraftstoff um 0,5 Pf je Liter</p>	<p>Preise</p>
43	3.7.	<p>Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 400 Mill. DM. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 99 1/2 %, Laufzeit 12 Jahre. Anleihe voll untergebracht</p>	<p>Kapitalmarkt</p>
44	13.7.	<p>Verkündung weiterer Notstandsgesetze (BGBl. I S. 776 - 787):</p> <p>Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes</p> <p>Gesetz zur Änderung des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes</p> <p>Gesetz zur Änderung des Ernährungssicherstellungsgesetzes</p> <p>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherstellung des Verkehrs</p> <p>Gesetz zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung (Arbeitssicherstellungsgesetz)</p>	
45	18.7.	<p>Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel über projektgebundene Wirtschaftshilfe bis zur Höhe von 140 Mill. DM</p>	<p>Entwicklungshilfe</p>
46	19.7.	<p>Inkrafttreten des Zwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (20. ÄndG LAG) vom 15. Juli 1968 (BGBl. I S. 806)</p> <p>Die wichtigsten Verbesserungen:</p> <p>Anhebung der Kriegsschadenrente und der ständigen Beihilfe für Vertriebene, Kriegssachgeschädigte, Flüchtlinge und Zuwanderer aus der SBZ Deutschlands u. Sowj. Sektor v. Berlin</p>	<p>Lastenausgleich</p>

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
Juli			
<p>Einbeziehung drei weiterer Jahrgänge ehemals Selbstständiger in die Kriegsschadenrente</p> <p>Vorverlegung des Stichtages für die Antragsberechtigung nach dem Lastenausgleichsgesetz für Vertriebene, die aus der SBZ Deutschl. u. Sowj. Sektor v. Bln. in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt sind</p>			
47	21.7.	<p>Verkündung des Gesetzes zur Fortführung des sozialen Wohnungsbaues (Wohnungsbauänderungsgesetz 1968 - WoBauÄndG 1968) vom 17. Juli 1968 (BGBl. I S. 821)</p> <p>Anhebung der Zinsen für öffentliche Baudarlehen, die vor dem 1. Januar 1960 zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden, auf einheitlich 4 vom Hundert jährlich. Eine sich dadurch ergebende Mieterhöhung darf bei den vor dem 1. Januar 1957 bewilligten Bauvorhaben 0,35 DM, bei den in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1959 bewilligten Bauvorhaben 0,30 DM je Quadratmeter nicht überschreiten</p>	Staatseinnahmen Wohnungsbau Mieten
48	25.7.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien über Kapital- und Umschuldungshilfe von insgesamt 250 Mill. DM paraphiert	Entwicklungshilfe
49	25.7.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jordanien über gebundene Kapitalhilfe in Höhe von rd. 33,9 Mill. DM	Entwicklungshilfe
50	26.7.	Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den drei ostafrikanischen Staaten Tansania, Uganda und Kenia unterzeichnet	Außenhandel Zölle
51	29.7.	<p>Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Rindfleisch (Durchführungsgesetz EWG Milch und Milcherzeugnisse sowie Rindfleisch) vom 19. Juli 1968 (BGBl. I S. 838)</p> <p>Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABLEurGem. L 148 S. 13)</p> <p>Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABLEurGem. L 148 S. 24)</p> <p>Bekanntmachung über die Errichtung der gemeinsamen Marktorganisation der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Rindfleisch vom 26. Juli 1968 (BGBl. I S. 862)</p>	Landwirtschaft Außenhandel Zölle Preise

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
<u>Juli</u>			
		Anwendung der Vorschriften zur Herstellung eines gemeinsamen Marktes für Milch, Milcherzeugnisse und Rindfleisch in allen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Einführung einer einheitlichen Handelsregelung im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen der Gemeinschaft und Drittländern. Der Schutz der EWG-Märkte ist dadurch an die Außengrenze verlegt; Zölle und Abschöpfungen werden nicht mehr von den Mitgliedstaaten, sondern von der Europäischen Kommission in Brüssel festgesetzt	
52	29.7.	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 10. August)	Handel
53	30.7.	Fertigstellung der 144 km langen Autobahnstrecke zwischen Bad Hersfeld und Würzburg (Rhönautobahn)	Verkehr
<u>AUGUST</u>			
54	1.8.	Lohnerhöhungen im Herrenmaßschneiderhandwerk im Bundesgebiet um ca. 4,7 %	Löhne
55	16.8.	Verkündung eines weiteren Notstandsgesetzes: Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) (BGBl. I S. 949)	
56	28.8.	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan über Finanzhilfe in Höhe von insgesamt 150 Mill. DM paraphiert	Entwicklungshilfe
<u>SEPTEMBER</u>			
57	1.9	Arbeitszeitverkürzung für Angestellte und Arbeiter in der Holzverarbeitenden Industrie und im Handwerk in Hessen von bisher 42 auf 41 Wochenstunden	Arbeitszeit
58	1.9.	Erhöhung der Beiträge bei einer der größten Ersatzkrankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland (ca. 2,7 Mill. Mitglieder) für Pflichtversicherte von 8,5 auf 9,2 % des beitragspflichtigen Arbeitseinkommens, für freiwillig Versicherte je nach Familienstand um 10,00 bis 15,00 DM	Krankenversicherung
59	6.9.	Swasiland, Großbritanniens letztes Protektorat in Afrika, als souveränes Königreich im Rahmen des Commonwealth unabhängig geworden	Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folger den Sachgebiete
		September	
60	13.9.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 210 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 10 Jahre. Emission voll untergebracht	Kapitalmarkt
		<u>OKTOBER</u>	
61	12.10.	Rio Muni und Fernando Póo, bisher spanische Besitzungen in Afrika, unter dem Namen Äquatorial-Guinea unabhängig	Außenhandel
62	15.10.	Inkrafttreten der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABLEurGem. L 257 S. 2)  Einführung der uneingeschränkten Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen	Arbeitsmarkt
		<u>NOVEMBER</u>	
63	1.11.	Gehaltserhöhungen im Groß- und Außenhandel in der Pfalz um 6 %	Gehälter
64	1.11.	Dritte Verordnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Änderung der Verordnung M Nr. 1/63 über Preise für Milch vom 25. Oktober 1968 (Banz. Nr. 203 S. 1)  Erhöhung des Preises für in Molkereien bearbeitete Trinkmilch um 4 auf 56 Pf je Liter. Auf-fettung der Milch um 0,3 auf mindestens 3,3 %	Preise
65	6.11.	Erhöhung der jährlichen Zuwendung an Arbeiter und Angestellte des Bundes von 33 1/3 auf 40 % der Monatsbezüge im Jahre 1968, auf 50 % im Jahre 1969 und auf 66 2/3 % vom Jahre 1971 an (GMB1. vom 30. 12. 1968 S. 444)	Staatsausgaben Einkommen
		<u>DEZEMBER</u>	
66	1.12.	Inkrafttreten des Gesetzes über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß § 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Absich G) vom 29. November 1968 (BGBl. I S. 1255)	Staatseinnahmen Staatsausgaben Außenhandel

1. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Bundesstatistik

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	Mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
		Dezember	
		Zur Erhaltung der Stabilität des internationalen Währungssystems erläßt die Bundesregierung zum Abbau des Überschusses ihrer Handelsbilanz eine befristete 4 %ige Importvergünstigung bzw. Exportabgabe	
67	1.12.	Gesetz über die Erhöhung der jährlichen Sonderzuwendung im Jahre 1968 vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1455)  Sonderzuwendung an Bundesbeamte sowie an Empfänger von Versorgungsbezügen für 1968 von 33 1/3 auf 40 % des Grundbetrages erhöht	Staatsausgaben Einkommen
68	10.12.	Fertigstellung der 29 km langen Autobahnteilstrecke zwischen Sinsheim und Heilbronn. Damit Fertigstellung der 78 km langen "Neckarlinie" Mannheim-Heilbronn	Verkehr
69	11.12.	Zuteilung von Kassenobligationen der Deutschen Bundespost im Wege der Ausschreibung in Höhe von 200 Mill. DM, Zinssatz 5 %  Davon:  50 Mill. DM zum Verkaufskurs von 100 1/8 %, Laufzeit 3 Jahre  50 Mill. DM zum Verkaufskurs von 99 1/8 %, Laufzeit 3 1/2 Jahre  100 Mill. DM zum Verkaufskurs von 98 1/4 %, Laufzeit 4 Jahre	Geldmarkt
70	12.12.	Neunundachtzigste Ergänzung des Interzonenhandels-Runderlasses Nr. 94 betreffend Vereinbarung zum Berliner Abkommen vom 16. August 1960 (BAnz. Nr. 234 vom 14. Dezember 1968)  Zur Förderung und Erleichterung des innerdeutschen Handels folgende Beschlüsse gefaßt:  Die der Zone bei Treibstofflieferungen entstandenen Erlösminderungen werden durch einmalige Zahlung von 120 Mill. DM ausgeglichen  Für langfristige Investitionsgüter Erhöhung der Lieferkontingente; Vereinbarungen gelten erstmals für einen längeren Zeitraum (bis 1975)  Anpassung des zinslosen Überziehungskredits (Swing) auf 25 % der Vorjahrslieferungen; Verzicht auf jährlichen Ausgleich der Konten	Interzonenhandel
71	30.12.	Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 220 Mill. DM. Zinssatz 6 %, Emissionskurs 98 %, Laufzeit 10 Jahre. Anleihe voll untergebracht	Geldmarkt
72	Dez.	Regional unterschiedliche Benzinpreissenkungen der meisten Mineralölgesellschaften bis zu 9,1 Pf je Liter	Preise

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langj. Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	-0,5 bis +0,2	110 bis 180 <sup>1)</sup>	70 bis 110	Überwiegend zu kalt und - im Süden z.T. erheblich - zu Sonnenscheindauer verbreitet unter den Bezugswerten, in Nordosten und Südwesten gebietsweise darüber
Februar	-0,1 bis +0,5 <sup>2)</sup>	90 bis 150 <sup>3)</sup>	70 bis 110	Im Nordwesten etwas zu kalt, nach Süden zunehmend zu warm. Im Norden erheblich zu trocken, im übrigen Bundesgebiet größtenteils zu naß. Sonnenscheindauer verbreitet unter den Normalwerten
März	+0,1 bis +1,0 <sup>4)</sup>	70 bis 120	80 bis 110	Im ganzen Bundesgebiet (nach Norden zunehmend) zu warm. Im Norden und Mittelgebirgsraum überwiegend zu naß, sonst zu trocken. Sonnenscheindauer nur im Süden und Südosten teilweise über den Durchschnittswerten
April	+1,0 bis +1,7 <sup>5)</sup>	60 bis 140 <sup>6)</sup>	110 bis 130	Im ganzen Bundesgebiet zu warm, in Norden zu trocken. Sonnenscheindauer lag über den langjährigen Mittelwerten
Mai	-1,0 bis -1,8 <sup>7)</sup>	70 bis 135	65 bis 80 <sup>8)</sup>	Im ganzen Bundesgebiet zu kalt. Im Norden, Westen und Südwesten größtenteils zu naß. Sonnenscheindauer verbreitet unter den Bezugswerten
Juni	-0,5 bis +1,5 <sup>9)</sup>	75 bis 150 <sup>10)</sup>	80 bis 100	Überwiegend zu naß und zu warm, nur im Westen und Südwesten sowie z.T. im Süden zu kalt und zu trocken. Die Sonnenscheindauer lag im Norden und Süden über den Bezugswerten, in der Mitte meist darunter
Juli	-0,5 bis -1,3	50 bis 120	90 bis 110 <sup>11)</sup>	Im ganzen Bundesgebiet zu kalt. Größtenteils zu trocken, nur im Alpenraum zu naß. Die Sonnenscheindauer lag im Süden und Südwesten meist etwas unter, sonst über dem Normalwert
August	-0,5 bis -1,5 <sup>12)</sup>	100 bis 220 <sup>13)</sup>	55 bis 80 <sup>14)</sup>	Im Norden etwas zu warm und größtenteils zu trocken, im übrigen Bundesgebiet allgemein zu kalt und zu naß. Die Sonnenscheindauer lag nur in Norddeutschland über dem Normalwert, sonst weitgehend darunter
September	-0,1 bis -0,9 <sup>15)</sup>	140 bis 220	60 bis 90	Im ganzen Bundesgebiet zu naß, sonnenscheinarm und größtenteils zu kalt
Oktober	+1,3 bis +2,1	70 bis 140	60 bis 90 <sup>16)</sup>	Im ganzen Bundesgebiet zu warm und größtenteils zu naß. Sonnenscheindauer unter dem Normalwert
November	-1,0 bis +0,1	40 bis 80	70 bis 100	Überwiegend zu kalt, größtenteils zu trocken. Sonnenscheindauer unter dem Normalwert
Dezember	-1,6 bis -3,0 <sup>17)</sup>	30 bis 60 <sup>18)</sup>	120 bis 160 <sup>19)</sup>	Lufttemperatur und Niederschlagsmenge unter dem Normalwert. Sonnenscheindauer mit wenigen Ausnahmen über dem Normalwert

1) Süden 140 bis 200 % - 2) Süden und Südwesten +0,5 bis +1,8°C. - 3) Norden 30 bis 80 % - 4) Norden +1,2 bis +2,0°C. - 5) Süden +0,5 bis +1,3. - 6) Norden 20 bis 70 % - 7) Süden -0,5 bis -1,5°C. - 8) Süden 75 bis 95 % - 9) Norden +0,5 bis +1,1°C. - 10) Norden 100 bis 180 % - 11) Norden 100 bis 120 % - 12) Norden 0,0 bis +1,6°C. - 13) Norden 40 bis 80 % - 14) Norden 90 bis 120 % - 15) Nördlich des Mains -0,1 bis +0,7°C. - 16) Süden 90 bis 140 % - 17) Norden -2,8 bis -3,4°C. - 18) Süden 60 bis 90 % - 19) Süden 80 bis 130 %

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Zentralamt, Offenbach a. M.

3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage 1968

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	29	25	4	4
März	31	26	5	5
1. Vierteljahr	91	77 (76)	13	14 (15)
April	30	24	4	6
Mai	31	25	4	6
Juni	30	23 (22)	5	7 (8)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4
August	31	27 (26)	5	4 (5)
September	30	25	4	5
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13 (14)
Oktober	31	27	4	4
November	30	25 (24)	5	5 (5)
Dezember	31	24	4	7
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	16 (17)
Kalenderjahr 1968	366	304	52	62
(Hessen)		(303)		(63)
(Bayern)		(303/301)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(302)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(301)		(65)
I. Halbjahr	182	149	26	33
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(148)		(34)
(Bayern)		(148/147)		(34/35)
(Baden-Württemberg)		(147)		(35)
II. Halbjahr	184	155	26	29
(Bayern)		(155/154)		(29/30)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(154)		(30)
(Saarland)		(153)		(31)

<sup>1)</sup> Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage einen Wochentag fallen:

6. Januar (Hl. drei Könige)

13. Juni (Fronleichnam)

15. August (Mariä Himmelfahrt)

1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern,  
in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg,  
im Saarland, gebietsweise in Bayern,  
im Saarland, gebietsweise in Bayern,  
in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im  
Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzli-  
cher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag  
(20. November) kein gesetzlicher Feiertag

3. Zahl der Kalendertage, Werk-, Sonn- und Feiertage 1969

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Werk- tage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	26 (25)	4	5 (6)
Februar	28	24	4	4
März	31	26	5	5
1. Vierteljahr	90	76 (75)	13	14 (15)
April	30	24	4	6
Mai	31	24	5	7
Juni	30	24 (23)	4	6 (7)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4
August	31	26 (25)	5	5 (6)
September	30	26	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13 (14)
Oktober	31	27	4	4
November	30	24 (23)	5	6 (7)
Dezember	31	25	4	6
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	16 (17)
Kalenderjahr 1969	365	303	52	62
(Hessen)		(302)		(63)
(Bayern)		(302/300)		(63/65)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz)		(301)		(64)
(Baden-Württemberg, Saarland)		(300)		(65)
1. Halbjahr	181	148	26	33
(Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)		(147)		(34)
(Bayern)		(147/146)		(34/35)
(Baden-Württemberg)		(146)		(35)
2. Halbjahr	184	155	26	29
(Bayern)		(155/154)		(29/30)
(Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)		(154)		(30)
(Saarland)		(153)		(31)

1) Einklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf einen Wochentag fallen:

6. Januar (Hl. drei Könige)

5. Juni (Fronleichnam)

15. August (Mariä Himmelfahrt)

1. November (Allerheiligen)

in Baden-Württemberg und Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, in Saarland, gebietsweise in Bayern,

in Saarland, gebietsweise in Bayern,

in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland. Allerheiligen gilt auch in Bayern gebietsweise als gesetzlicher Feiertag, doch ist in den betreffenden Gemeinden Bußtag (19. November) kein gesetzlicher Feiertag